

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Mag.^a Faika El-Nagashi, Birgit Hebein, David Ellensohn, Mag. Christoph Chorcherr und FreundInnen (GRÜNE), sowie Peter Florianschütz, Mag. Tanja Wehsely, Gabriele Mörk, Christian Deutsch, und GenossInnen (SPÖ) betreffend verpflichtender Unterbringung von Asylwerbenden in Massenquartieren und den Aufbau von solchen Quartieren in Wien, eingebracht zu Post Nummer 78 in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 25.01.2018.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Unterbringung von Asylwerbenden in Zukunft ausschließlich in vom Bund organisierten Massenlagern zuzulassen. Schutzsuchende Menschen zwangsweise in Massenquartieren unterzubringen kommt einem Freiheitsentzug gleich und ist gesellschaftspolitisch unverantwortlich.

Die Mehrheit der Asylwerbenden in Wien (68% oder ca. 13.000 Personen) lebt in privaten Unterkünften. Das hat zwei große Vorteile:

Private Unterkünfte sind ein wichtiger Schritt zur Integration. Der Austausch zwischen neu Zugewanderten und schon länger Ansässigen gelingt vor allem im Privaten. Hier gleicht man die jeweiligen Vorstellungen und Werte einander an und wird zur Gemeinschaft. Diese Art der Unterbringung ist eine zutiefst integrative Maßnahme, nicht zuletzt auf der Ebene des Spracherwerbs. Das zu unterbinden bedeutet, den Ausschluss von Geflüchteten absichtlich herbeizuführen und den engagierten Einsatz von tausenden von Freiwilligen für eine gelingende Integration zunichte zu machen. Die private Unterkunft ist auch ein erster Schritt in ein selbstständiges Leben mit Privatsphäre und Familienleben.

Eine zwangsweise Unterbringung in Massenquartieren wäre außerdem nicht nur integrationsfeindlich, sondern auch unwirtschaftlich. Plätze in organisierten Unterkünften sind pro Person und Monat mehr als doppelt so teuer. Sowohl der OÖ Rechnungshof (2017) als auch der Bundesrechnungshof (2013) empfehlen daher mehr private Quartiere für Geflüchtete aufgrund eindeutiger Kostenvorteile. Neue Großquartiere würden vor allem in Wien einen massiven Kostenanstieg bedeuten.

Im besten Fall dauert heute ein Asylverfahren immer noch ein Jahr. Statt untätig warten zu müssen, kann diese Zeit zum Aufbau beruflicher und persönlicher Kompetenzen, Netzwerke und Perspektiven genutzt werden: in einem vielfältigem Umfeld, in dem die Gepflogenheiten des Zusammenlebens in Österreich kennen gelernt und im nachbarschaftlichen Kontakt Hilfestellungen bei der Bewältigung des Alltag gegeben werden können. So werden auch Vorurteile abgebaut und ein besseres Zusammenleben ermöglicht.

Das friedliche und gemeinschaftliche Zusammenleben verschiedener sozialer Gruppen in Wien ist das Prinzip der Menschenrechtsstadt Wien und der Wiener Sozialpolitik und betrifft auch den Umgang mit geflüchteten Menschen.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Wiener Gemeinderat lehnt die verpflichtende Unterbringung von Asylwerbenden in neuen, vom Bund geführten Massenquartieren ab. Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf, im Sinne einer gelingenden Integration und eines friedlichen Zusammenlebens tätig zu werden und sich dafür einzusetzen, dass:

- Asylwerbende weiterhin in privaten Unterkünften untergebracht werden können,
- Asylwerbende, die bereits privat wohnen, in ihrem Umfeld belassen werden,
- in Wien keine neuen Massenlager errichtet werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.01.2018